

II- 8184 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4180/J

1989-07-12

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager, Dr. Gugerbauer
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Beobachtungsmaßnahmen

Die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet, welche aufgrund des Schlußdokumentes von Stockholm im europäischen Raum in Kraft getreten sind, wurden schon im Herbst 1986 durch das österreichische Bundesheer in die Tat umgesetzt, indem Beobachterdelegationen aus 35 Ländern zu den damaligen Herbstmanövern in die Steiermark eingeladen wurden.

In der Folge sind auch immer wieder österreichische Offiziere zu Manövern anderer KSZE-Staaten entsandt worden. Die jetzt in Wien tagende Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM) bemüht sich, um eine Fortentwicklung dieser Einblicksmöglichkeiten in die militärischen Aktivitäten anderer Staaten, um bedrohliche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und auf solche allenfalls reagieren zu können. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) In welchem Umfang werden seitens der beteiligten Ressorts, und zwar des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Landesverteidigung, diese Manöverbeobachtungen durchgeführt, welches Personal wird hierfür bereitgestellt und welche einschlägige Maßnahmen sind diesbezüglich in den nächsten Jahren geplant?

- 2) In welchem Umfang mußte oder muß, bedingt durch einen Mangel an personellen und materiellen Voraussetzungen, auf wünschenswerte Beobachtungsmaßnahmen in anderen KSZE-Staaten verzichtet werden, obwohl auf Basis der KVAE-Dokumente dazu die Möglichkeit bestanden hätte?
- 3) Falls jedoch schon bisher ein zufriedenstellendes Ausmaß der Durchführung der Stockholmer Bestimmungen erzielt werden konnte, stellt sich die Frage, ob die Absicht besteht, die einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen in Wien in Zukunft in verstärktem Maß gegebenen Einblicksmöglichkeiten im Sinne der Zielsetzungen des Landesverteidigungsplanes seitens der österreichischen Bundesregierung auch tatsächlich voll auszunützen.

Wien, den 12. Juli 1989